

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollten Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Z U M 2 1 . S E P T E M B E R



bermals rüstet die Gewerkschafts-Internationale und fordert die Arbeiterorganisationen unserer Erde auf, in machtvollen Demonstrationen dem Friedensgedanken Raum zu geben. Wohl wissen wir, daß die Menschheitsgeschichte gleichzeitig eine Kriegsgeschichte war. Wohl ist mit der einfachen Parole „Nie wieder Krieg!“ allein wenig anzufangen, weil in unserem kapita-

listischen Zeitalter die Kriege stets Ausflüsse der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Gegensätze waren, die durch die nationallistische Erziehung in allen Ländern noch verstärkt und vergrößert worden sind.

Aber soll denn dieser Kriegsgedanke ewig fortwirken? Sollen wir latentlos beiseite stehen und sagen: Wir können die Gegensätze des Imperialismus und der nationallistischen Kapitalismächte doch nicht überbrücken, darum verzichten wir auf eine Antikriegspropaganda.

Nein, wir Lebenden, wir Miterlebenden des Weltkrieges, des furchterlichsten Geschehnisses, das in menschengeschichtlichen Zeiten unser Erdball je gesehen, wir haben die Aufgabe und die Pflicht, aus dieser Menschheitskatastrophe zu lernen.

Darum gehören wir nicht zu jenen Pessimisten oder „Radikalen“, die da meinen, S ch l e d s - g e r i c h t und V ö l k e r b u n d seien bürgerlich-kapitalistische Institutionen, an denen sich zu beteiligen Arbeiterverrat bedeute.

Alles Große in der Menschheitsgeschichte ist aus kleinen Anfängen entstanden. Wir müssen uns erst hineinwachsen in den Friedensgedanken! Wir müssen guten Willens sein und wir dürfen nicht glauben, das, was bis 1914 nicht gelungen ist — nämlich die Verhinderung des Weltkrieges — werde uns nie gelingen.

Gewiß können wir die Geschehnisse der Vergangenheit nicht ändern, aber wir sehen nach dieser furchtbaren Menschheitskatastrophe doch um vieles klarer. Wir wissen, daß es noch Kräfte gibt, die stärker sein können als Zwang und Befehl von oben, und wenn sie sich im Weltkriegsgeschehen allzu spät bemerkbar machen, so deshalb, weil wir alle zu sehr im Bann des Glaubens standen, es ist ein unabänderlich Geschehen, ein Volk allein schafft es nicht!

Und schließlich ist auch der Versailler Friedensvertrag das sichere Kennzeichen dafür, daß ein Volk allein dem Unheil nicht widerstehen kann.

Nur internationale Friedenspropaganda und internationale Friedens-Erziehungsarbeit kann die Menschheit bestimmen, die schier unerschöpflichen Lehren aus der Weltkriegszeit zu ziehen.

Wissenschaft und Technik wetzeln heute noch, um verderbenschwangere Kriegsmaschinen, Giftgase und Menschenmordinstrumente zu erfinden. Wehe uns, wenn wir nicht die weitesten Kreise aller Völker aufzurütteln vermögen, um den Geist des Friedens vorzubereiten, ihn zu pflegen und in jedem Lande die Schar der Friedensanhänger zu vermehren.

Was die kühnste Phantasie der größten Künstler aller Zeiten an Furchterlichkeiten nicht ausmalen oder darstellen konnte, ist fast 5 Jahre Wirklichkeit geworden. Und da sollten wir Miterlebenden nicht wie ein Mann dem Friedensgedanken in allen Ländern eine Stätte bereiten?

Wahrlich, alle Verbrechen in der Menschheitsgeschichte, alle Bevormundungen durch monarchistische Regierungen, alle nationallistische Volksverdummung durch Schule und andere Institute haben zur Voraussetzung, daß sich die Millionen mehr oder minder willenlos in ihr Schicksal ergeben. Wollen wir aber einmal Herren unseres Geschicks werden, so ist die erste Voraussetzung: Erziehung und Selbsterziehung.

Solche Friedenserziehungsarbeit sollen und wollen wir am 21. September 1924 auf dem ganzen Erdball verrichten, und wer sich dagegen wendet, er mag von welcher Seite immer kommen, der wird uns zum Widersacher haben! Man kann die schlechteste Sache mit Worten und Gedanken verdecken, und unsere Nachkriegszeit weiß wirklich viele solcher Versuche auf. Aber schließlich setzt sich zu guter Letzt doch das Richtige durch, und wir Gewerkschafter haben allezeit auf die vielen Enttäuschungen hingewiesen, die nach den zahlreichen Wunder-Tagesparolen sich einstellen mußten.

Wir erblicken in der Förderung des Weltfriedensgedankens daher keine Tagesparole, die heute hineingetragen wird in die Massen, um morgen einer andern zu weichen, sondern wir sehen darin das Erlebnis der Millionen, die in den letzten zehn Jahren in allen Ländern dieser Erde die furchtbaren Schrecken der Kriegs- und Nachkriegszeit am eigenen Leibe erfahren mußten.

Und alle die Mütter und Frauen, die Kinder der Gefallenen und Kriegsinvaliden rufen wir zum Zeugen und zur Mitarbeit auf, daß der Antikriegsgedanke sich weiter verbreite.

### Es wächst eine Frucht . . .

Es wächst eine Frucht am Menschheitsbaum, die trägt den alten, alten Traum vom Frieden auf Erden.

Und ob auch Haß und Niedertracht mit grimmiger Gebärde wacht, es wächst die goldene Frucht.

Und alles Leben grüßet sie, viel Hoffen stark umschließet sie, die herrliche wachsende Frucht.

Nicht lang, dann fällt sie reif vom Baum, dann wird erfüllt der alte Traum vom Frieden auf Erden.

Eddy Großmann-Zickmann.

Darum sind viele Gewerkschafter die berufensten Friedensfreunde, weil unsere Arbeit, ja weil auch der wirtschaftliche Kampf nur vorwärts kommen kann, wenn die Völker im Frieden miteinander leben.

**Krieg allein dem Kriege, Sieg allein der Friedensidee.**

Der Anti-Kriegstag der internationalen Arbeiterschaft findet unter günstigen Umständen statt. Als im November des vergangenen Jahres der Internationale Gewerkschaftsbund beschloß, am dritten Sonntag im September 1924 eine internationale Demonstration gegen den Krieg zu veranstalten, war der politische Himmel trübselig dunkel, und auch als nachher die Agitation einkehrte, war kaum ein Lichtstrahl zu sehen. Das Friedensbedürfnis war zweifellos nicht allein in der Arbeiterschaft vorhanden, aber es konnte nicht zum Ausdruck kommen, es wurde durch die Reden der Kriegsbeher und des ihnen ergebenen Teiles der Presse niedergehalten. Allmählich klärte sich der Horizont auf. In England kam die Arbeiterpartei in die Regierung, die französischen Wahlen brachten die Niederlage Poincarés und nahmen diesen Alpdruck, der auf ganz Europa lastete, weg; auch in Dänemark übernahmen Vertreter der Arbeiterschaft die Zügel der Regierung und kündigten Abrüstung an. Die Menschheit gewann wieder Hoffnung, und auch die Friedensfreunde außerhalb der Arbeiterschaft erhoben ihre Stimme. Der Bann war gebrochen; man sieht wenigstens den Anfang einer neuen Zeit, wenn auch noch genug Hindernisse und Gefahren zu beseitigen sind.

Dass diese Aenderung möglich wurde, ist zweifellos der Tätigkeit und dem Drängen der organisierten Arbeiterschaft zu danken. Diese hat schon während des Krieges und ununterbrochen nachher versucht, nicht allein einen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten zu finden, sondern auch in der Zukunft die Kriegsgefahr zu beseitigen. Ohne die Anstrengungen der französischen Arbeiterschaft wäre es nicht möglich gewesen, das größte Hindernis für den Frieden, Poincaré, zu beseitigen und in Frankreich eine friedensfreundliche Stimmung zu schaffen; daß England und Dänemark Arbeiterregierungen bekommen haben, ist die Frucht jahrzehntelanger aufopfernder Tätigkeit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Ohne diese ununterbrochene Tätigkeit der Arbeiterschaft wären die in den letzten Tagen auf der Völkerversammlung in Genf gehaltenen Reden nicht möglich gewesen.

Erinnert euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Blickt zehn Jahre zurück! Erinnert euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo ihr noch nicht wußtet, was ihr später in Schmerzen und Qualen erfahren habt. Erinnert euch an die Begeisterung für den Krieg, die in jenen Tagen die Massen ergriff. Erinnert euch, mit wie vollendeter Kunst sie von den Zeitungen in allen Ländern geschürt wurde.

Nicht um euch zu tadeln, nicht um euch zu kränken, erinnern wir euch an die damalige Kriegsbegeisterung, sondern um euch zu fragen, ob solch unheilvolles Nichtverstehen noch einmal vorkommen darf.

Die Wirklichkeit des Krieges hat den Menschen bald die Augen geöffnet. Wo der blutgierige Mensch seinen Fuß hinsetzte, da war es vorbei mit der Begeisterung, da erfüllte lähmendes Entsetzen das Volk, da hörte man Wehklagen, da gab es Leiden und Not von nie gekannter Härte. Das erste Opfer war das unglückliche Belgien. Sofort mit Kriegsbeginn hat es die Barbarei des Krieges in allen ihren Grauen und Schrecken zu fühlen bekommen. Wenige Tage später offenbarte sich das wahre Gesicht des Krieges auch im Osten. Zehntausende und aber Zehntausende von Frauen, Kindern und Greisen bewegten sich in wilder Flucht von den österrussisch-russischen Grenzen ins Innere ihrer Länder. Gebiet nach Gebiet wurde vom Unheil ergriffen; Ruinen neben Ruinen, Gräber neben Gräbern entstanden. Nordfrankreich, Serbien, das östliche Polen wurden zu

Wüsteneien. Paris erbebte unter dem Donner der Geschütze; in London sicherte man die unersehbarsten Kunstschätze in den tiefsten Kellern vor den Bomben der Flieger; die alberühmte Kathedrale von Reims wurde beschossen und Königsberg, die Stadt des Philosophen Kant, bedroht. Und wie am Lande so zur See tobte die Zerstörungswut, hielt der Tod Ernte, gleichermaßen unter kämpfenden Soldaten und nichtkämpfender Zivilbevölkerung. Hunderttausende bedeckten die Schlachtfelder, fanden den Tod in den Meeren; immer gefährlicher wurde die Geißel der Seuchen. Ganz Europa nagte am Hungertuch; am ärgsten war die Lebensmittelnot in Deutschland und Oesterreich, wo die planmäßige Blockade immer entsetzlichere Wirkungen hervorbrachte. Kraftlose Männer, dahinsiechende Frauen, sterbende Kinder, das war die Form der Not in den Ländern, die von dem unmittelbaren Schrecken des Schlachtfeldes verschont waren. Von Land zu Land, von Westteil zu Westteil sprang die Kriegsjurie, Asien, Afrika, Amerika wurden immer tiefer in das Unheil verstrickt. Aber noch immer erklangen die Jubelhymnen an den Orten, die fern vom Schuß waren. Und dieser Gegensatz von Kriegsbegeisterung und Kriegsjammer währte durch den ganzen Krieg, wenn auch das Gebiet des Jammers immer größer, das Gebiet der Begeisterung immer kleiner wurde.

Erinnert euch an das, was war! Und antwortet auf die Frage: Darf solch verbrecherischer Wahnsinn noch einmal geschehen?

Während des Krieges verkündete man, daß gekämpft werde, damit dieser Krieg der letzte Krieg sei. Wir sehen jedoch, daß der Militarismus immer neue Kraft gewinnt. Den Besiegten ist es zwar verübeln, aber unter den ehemals verbündeten Siegern kommt das Weiterrüsten zu nie gekannter Blüte. Und damit bleibt die Gefahr kriegerischer Explosionen so groß wie nur jemals.

Im Krieg verkündete man, daß kein Ergebnis der Völkerversammlung sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde. Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Verwirklichung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt. Wir fordern, daß in den Völkerversammlungen aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verantwortlichkeit unbenützt und unverjährt lassen. Aber wie toll: das kapitalistische Interesse kommt immer wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegsgegnung, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verständigung und internationale Schiedsgerichte, wir wollen alle Kräfte organisieren in unseren Gewerkschaften und Genossenschaften, in unseren politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den internationalen Abwehrkampf in allen Formen bis zum Generalkrieg vorzubereiten. Aber wir wissen, daß alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Solange der ungeheuerliche Machtapparat des Militarismus besteht, solange kapitalistische Mächte die Möglichkeit haben, diesen Machtapparat in Bewegung zu setzen, solange werden die arbeitenden Menschen das Opfer von Kriegen sein. Physischer Gewalt, ökonomischer Druck und nicht zuletzt zielbewusste Stimmungsmache für den Krieg werden den Massen immer wieder die Waffen in die Hand drücken, sie auch gegen ihren Willen zu blühenden Werkzeugen der Kriegsinteressen machen. Die persönliche Kriegsdienstverweigerung wird stets eine eindrucksvolle Demonstration sein, nicht aber als Massenerscheinung den Gang des Verhängnisses wirklich hemmen können. Daher gibt es keinen anderen Weg, als die Kriegsmöglichkeit mit der Wurzel auszurotten; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir euch auf, in gewolligen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Grund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914. Gedenkt des großen Vorkämpfers des Weltfriedens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung; gedenkt Jean Jaurès', des ersten Opfers im Weltkrieg!

Gedenkt der Tausende und Tausende freier Genossen, die uns entrißen wurden; gedenkt der Tausende Krüppel, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren; gedenkt der Leiden der Frauen und Kinder!

**Demonstriert am 21. September 1924 für den Weltfrieden!**

### Zum Menschheitstage am 21. September.

Sein internationales Fühlen macht man dem Proletariat immer und immer wieder zum Vorwurf. Man steht im internationalen Fühlen etwas Verwerfliches, Unstilles, ein Zeichen von Unkultur. Und doch ist das internationale Gefühl eine Voraussetzung zur wahren Geistigkeit, und es hat noch nie einen schöpferischen Menschen gegeben, der mit keinem Fühlen nicht eine ganze Welt umspannt. Was ist denn Kulturgefühl? Ist Kulturgefühl die gemütliche Stimmung, in die irgendein Künstler den im behaglichen Raume stehenden, kalten Spleißer versetzt? Oder ist Kulturgefühl das selbstgefällige Bewußtsein, mit seiner ganzen, den großen Fragen gegenüber gleichgültigen und darum bedeutungslosen Persönlichkeit dem „Volke der Dichter und Denker“ anzugehören? Oder ist das ein Ausdruck der Kultur, ein Wissen von Dichterverken zu besitzen und mit angeleitetem Gut eine Ueberlegenheit gegenüber der anderen Klasse hervorzuheben? Aber so ist die moderne Geistigkeit unserer untergehenden Zeit. Nichts als äußerliches Erschaffen. Nichts als Stück, den man der Seele auslegt. Aber nicht eine Spur von kongenitalem Erleben der Großen. Nicht eine Spur einer Revolutionierung der Seele von innen heraus zum Größtesten hin. Kultur ist in ihrem wahren, tiefsten Wesen nichts Gegenwärtiges, Selbstgefällig-Zufriedenes. Wenn unsere geistigen Großen, die der Kultur das Gepräge und unserm Volke den Charakter des Volkes der Dichter und Denker gaben, wenn sie Kulturgefühl in seiner höchsten Fülle erlebten, dann stürzte es in ihnen, dann mochte die Brust. Dann revolutionierte es aus ihrer Seele heraus ins Weltliche, Grenzenlose. Dann gab es nicht Linien, die die Welt künstlich zerteilten. Dann gab es nur eine Welt und eine Menschheit, der das ganze, große, schöpferische Drängen galt. Daß Schiller sein Lied von der millionenumschlingenden Freude gedichtet hat, als er nach ewigen wirtschaftlichen Sorgen endlich einmal vorübergehend die sorgenlose Kraft zum kulturellen Schaffen fühlte, ist bezeichnend für die natürliche Einheit von Internationalität und Kultur. Werte von Ewigkeitswert kann der Mensch nur schaffen, wenn seine Seele nicht Raum kennt, noch Zeit, sondern nur Liebe. Das Menschheitsgefühl ist die erste Voraussetzung jeder großer schöpferischen Kultur. Wer ist es denn vielleicht das Vorrecht der ganz großen, Ewigkeitswerte schaffenden Meister, ihr Gefühl von Volk und Vaterland hinauszuwachen zu lassen in die Menschheit? — Wenn die große, millionenumschlingende Liebe die Voraussetzung ist zum großen kulturellen Schaffen, dann ist sie auch die Voraussetzung zu einem nach-erleben jenes Schöpferturns, dann kann nur der den ganzen

menschheitsbildenden Sinn der Werke erfassen, der sie mit der Seele des Großen genießt. Und diese Seele heißt Liebe zum Menschengeschlecht. Kultur ist nicht irgendein Selbstzweck. Sobald etwas Einzelnes, Besgerliches, Getrenntes der letzte Sinn der Kultur ist, herrscht Unkultur. Wenn Kultur im einzelnen Ich oder im nationalen Ich, in einem bestimmten Volke seine letzte Erfüllung finden soll, hat sich die Kultur in eine Sackgasse verrannt. Wohl gibt es auch die Kultur der Persönlichkeit und die Kultur eines Volkes, doch nie als Selbstzweck, immer nur als Mittel zu Größerem, Wachsendem, Weiterumschlingendem. Kultur ist in ihrem großen, schöpferischen, ewigteilübergenden Sinne grenzenlos. Und nur wer aus solch umspannendem Meer der Liebe schöpft, trinkt die Kultur seines Einzelgebietes mit dem gefunden, lebendigen Saft, der ein Wachsen zum Höchsten verbürgt. So bedeutet dieser Gegensatz zwischen Nationalismus und Internationalismus zugleich den Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Kultur. Dort aus engstirnigem Nationalismus heraus eine nüchterne Einschränkung jeder großen Idee. Hier aus dem Internationalismus heraus ein Erleben der genialen Künstlerseele. Dort aus beschränktem Nationalismus heraus ein Hinausreißen des einzelnen Wertes aus dem untersten Geisse, der es geschaffen. Hier aus der Internationalität heraus jedes einzelne Wert als „Bruchstück“ einer großen, weltumspannenden „Konfession“ (Goethe), der der Mensch das Letzte und Höchste ist. Nur wer die Menschheit in sich fühlt, hat die innerliche Voraussetzung zum großen Kulturgefühl. Nur er steht über dem Leben, zu fühlen, was über das Leben an kulturellem Schaffen hinausragt. Nur er hat die seelische Einstellung, die das Kulturgut erhebt, die wogende Seele, die revolutionäre Seele, die liebende Seele. Mensch heißt Liebe und Liebe heißt Mensch. „Der Mensch ist aber ein Gott“, sagt Hölderlin, „sobald er Mensch ist.“

Dr. G. Hoffmann.

### Internationales Arbeitsrecht.

Die Bestrebungen nach einer internationalen Verständigung auf dem Gebiete des Arbeitsrechts gehen auf die Entwicklung des Kapitalismus in den europäischen Staaten zurück. Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verbundenen Mißstände, die grausame Ausbeutung der Arbeiter, insbesondere der Frauen und Kinder, wie sie zuerst in England, später aber auch in den kontinentalen europäischen Ländern festgestellt wurde, erregten die Aufmerksamkeit in weitgehendem Maße. Zunächst setzten in England Bestrebungen ein, die auf einen Schutz der Arbeiter abzielten, wobei vor allem die Tätigkeit von Männern wie Owen, Marx und Engels

### Würger Krieg.

Knapp sechs Jahre erst ist es her, daß ein Krieg, wie ihn die Welt noch nie vorher gesehen, ein Krieg, der die Menschheit in ein Meer von Blut tauchte, zu Ende ging. Damals, in den Novembertagen 1918, schien es kurze Zeit, als werde das gequälte, gepetrigte Proletariat Europas der Bourgeoisie an die Gurgel fahren, die Wirtschaft nach seinen, nach sozialistischen Ideen umgestalten und neu aufbauen und mit dem Kapitalismus auch die Ursache der Kriege beseitigen. Diese Hoffnung hat getragen. Mit der Wiedererstarkung des Kapitalismus hat auch sein Schöfkind, der Militarismus, aufs neue sein Haupt erhoben — selbst im geschlagenen Deutschland — vor den Siegerstaaten ganz zu schweigen! Schon beginnen sogar in weiten Kreisen derjenigen, die den Krieg mitgemacht haben, seine Schrecken zu verlassen, sich wohl gar zur Dohle zu verflüchtigen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß bei uns die Militärvereine wie Pilze aus dem Boden schießen können, Vereine, in denen die Erinnerungen an die Kriegszeit, an Schützengräben und Drahtverhau gehegt und gepflegt werden, Vereine, in denen der militärische Geist lebendiger als je gedeiht! Und was noch verhängnisvoller ist: Schon wächst ein neues Geschlecht heran, das den Krieg aus eigener Anschauung nicht kennt und sich daher nur zu leicht von den elken, militärischen Phrasen herauslassen läßt. Soll die kommende Generation vor einem noch furchtbareren Massenmord bewahrt bleiben, so gilt es, dem Bösen Krieg die Maske vom Gesicht zu reißen und seine blutige Frage zu enthüllen.

Was bedeutet der Krieg für die Bevölkerung von Europa, dem wirtschaftlich höchstentwickeltesten Erdteil, der sich vor dem Krieg so gern mit seiner Kultur brüstete? Der beispiellose technische Aufschwung während des letzten Menschenalters, ein Aufstieg, der es ermöglicht hätte, die gesamten Lebensbedingungen der Völker von Grund auf zu bessern, wurde im Kriege den Menschen zum Verhängnis. Die Technik wurde zu einem gigantischen Faktor der Vernichtung. Millionenheere auf Millionenheere konnten mit immer

mehr vervollkommenen Werkzeugen ausgerüstet und in den Krieg hineingeworfen werden. Die Einberufungen erreichten einen Umfang, der alles weit übertraf, was früher für möglich gehalten wurde. Ein paar Zahlen mögen das beweisen:

In der fünf europäischen Großstaaten Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich und Italien betrug die Einwohnerzahl vor dem Kriege insgesamt rund 241 Millionen; davor waren etwa 118,5 Millionen männlichen Geschlechts, und von diesen befanden sich rund 47 Millionen im Alter von 18 bis zu 45 Jahren. Mobilisiert wurden im Laufe des Krieges in diesen fünf Staaten, Ne neben Rußland die Hauptträger des Krieges waren, nicht weniger als 40 Millionen. Das heißt also, daß von je 100 Männern, die sich im wehrpflichtigen Alter befanden, 85 den Militärrod anzulegen mußten! Rechnet man Rußland und die kleinen europäischen Staaten, die am Krieg beteiligt waren, schätzungsweise mit ein, so kommt man für Europa auf eine Gesamtzahl von etwa 58 Millionen Männer. Die der Krieg nach und nach in seinen Strudel riß. Das ist beinahe ebensoviel wie heute die gesamte Einwohnerzahl Deutschlands beträgt!

Dieser ungeheure Eingriff in die lebendige Kraft der Völker mußte, zumal bei der langen Dauer des Krieges, die verhängnisvollsten Folgen haben:

Je umfangreicher die Heere, desto gewaltiger die Schlachten, desto größer die blutigen Verluste. Diese ließen die Sterblichkeit gerade in den gesundesten und leistungsfähigsten männlichen Altersklassen außerordentlich stark anschwellen. Die Einberufungen rissen Millionen und aber Millionen von Männern oft auf Jahre hinaus von ihren Frauen weg und bewirkten dadurch, daß in aller kriegsführenden Länder die Geburtenzahl plötzlich und stark herunterging.

Große Gebiete Europas wurden zu Schauplätzen streiter Kämpfe, was mit schweren Verlusten für die Zivilbevölkerung verbunden war.

Der Krieg beraubte die Volkswirtschaft der besten männlichen Arbeitskräfte. Die notwendige Folge davon war, daß die Frauenarbeit immer mehr zunahm und selbst in solche Industriezweige ein-

von erheblichem Einfluß war. Man erkannte bald, daß der nationale Arbeiterschutz nicht ausreichte, sondern auf eine internationale Grundlage gestellt werden mußte. Die dahingehenden Bemühungen scheiterten aber an der Verständnislosigkeit und ablehnenden Haltung der Regierungen wie auch an dem Widerstand des Kapitalismus. Arbeiterschutzgesetzliche Maßnahmen ließen sich zwar schließlich nicht umgehen, sie blieben aber rückständig, auf die einzelnen Länder beschränkt und entbehrten der Einheitlichkeit. Noch im Jahre 1881 stieß die Einladung des schweizerischen Bundesrats zu einer Konferenz über die Frage des Arbeiterschutzes bei den meisten Staaten auf eine ablehnende Haltung. Eine weitere für das Jahr 1889 vorgesehene Konferenz mußte aus den gleichen Gründen verschoben werden.

Auf die Dauer ließ sich aber die Frage des Arbeiterschutzes nicht ignorieren. Dafür sorgte die überall auftretende und aufstrebende gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung, die zwar in Deutschland durch das Sozialistengesetz niedergehalten, aber nicht unterdrückt werden konnte. Unter ihrem Einfluß kam 1890 in Berlin eine internationale Arbeiterschutzkonferenz zustande, auf der 15 europäische Staaten vertreten waren; nur Rußland und die Balkanstaaten fehlten. Bindende Beschlüsse wurden auf dieser Konferenz nicht gefaßt; sie trug aber insofern zum sozialen Fortschritt in den einzelnen Ländern bei, als dadurch die Gesetzgebung über die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen, Nacht- und Sonntagsarbeit gefördert wurde.

Auf Grund der von der Konferenz ausgehenden Anregungen bildete sich 1884 in Paris das Internationale Komitee für Arbeiterschutz, das in Deutschland die Führung übernahm. Der 1897 in Zürich tagende Kongreß für internationalen Arbeiterschutz ließ schon ein weitergehendes Interesse erkennen. Seine Beratungen wirkten sich dahin aus, daß im Jahre 1900 in Paris die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mit dem Sitz in Basel gegründet und von dieser im Mai 1901 das Internationale Arbeitsamt ins Leben gerufen wurde. Vor Ausbruch des Krieges gehörten der Vereinigung 22 Regierungen und 15 Landessektionen an. Für Deutschland übernahm die Gesellschaft für soziale Reform die Aufgabe einer Landessektion und sie hat sich derselben unter Führung des früheren preussischen Handelsministers Freiherrn von Berlepsch sowie des Professors Dr. Ernst Franke in hervorragender und verdienstvoller Weise unterzogen. Eine weitere soziale Gründung entstand 1907 in der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Frucht dieser Bestrebungen war eine Reihe von Staatsverträgen über Frauen- und Kinderschutz, Gewerbeaufsicht und Sozial-

versicherung. Besonders wichtig war hierbei das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit und die Einführung der zehntätigen Höchstarbeitszeit für Frauen und Jugendliche sowie die Bekämpfung der Phosphornekrose durch Verwendung des weißen Phosphors bei der Herstellung von Zündhölzern. Die beabsichtigte Ratifizierung verschiedener dieser Verträge wurde durch den Ausbruch des Krieges verhindert, der überhaupt die internationale Regelung des Arbeiterschutzes zum Stillstand brachte. Um so stärker traten unter den verheerenden Wirkungen des Krieges die Gewerkschaften für die Anerkennung der schutzgesetzlichen Forderungen der Arbeiter und deren Einfügung in den Friedensvertrag ein. Als Grundlage für ihre Forderungen diente das von den 1919 in Bern und Amsterdam abgehaltenen internationalen Gewerkschaftskongressen aufgestellte und bestätigte Arbeiterschutzprogramm. Ein von der deutschen Reichsregierung im Mai 1919 durch die deutsche Friedensdelegation den Ententestaaten überreichter Entwurf von sozialpolitischen Forderungen, die in dem Friedensvertrag aufgenommen werden sollten, wurde von diesen abgelehnt. An seiner Stelle fand der Entwurf einer von den Ententestaaten eingesetzten Kommission mit einigen Abänderungen Annahme, der als Teil XIII dem Friedensvertrag einverleibt wurde. Mit dem Friedensvertrag mußte auch Deutschland diese Bestimmungen annehmen.

Der Friedensvertrag von Versailles legt in dem die Verfassung des Völkerbundes behandelnden Teil den Bundesmitgliedern die Verpflichtung auf, daß sie sich bemühen werden, „angemessene und menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sowohl in ihren eigenen Gebieten wie in allen Ländern, auf die sich ihre Handels- und Gewerbebeziehungen erstrecken, und zu diesem Zwecke die erforderlichen internationalen Stellen zu errichten und zu unterhalten.“ Ueber die Durchführung dieser Verpflichtung werden in Teil XIII des Friedensvertrages als besonders wichtig und dringend folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Die Arbeit darf nicht einfach als eine Ware oder ein Handelsartikel betrachtet werden;
2. das Koalitionsrecht zu allen nicht den Gesetzen widersprechenden Zwecken gilt sowohl für die Lohnarbeiter wie für die Arbeitgeber;
3. den Arbeitern ist ein Lohn zu zahlen, der eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht;
4. Der Achtstundentag oder die 48-Stunden-Woche ist als Ziel überall da anzustreben, wo es noch nicht erreicht ist;
5. wöchentlicher Mindestruhetag von 24 Stunden;
6. Beseitigung der Kindarbeit, Schutz der Jugendlichen;

drang, die vor dem Kriege ausschließlich männliche Arbeitskräfte beschäftigten. Auch die Arbeitskraft jugendlicher Personen und älterer Männer wurde weit mehr als vor dem Kriege angespannt. Das konnte nicht ohne Einfluß bleiben auf die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Zivilbevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, zumal während des Krieges auch in vielen Staaten die wichtigsten Arbeiterschutzgesetze ganz oder zum Teil aufgehoben waren. Dabei verschlechterte sich mehr und mehr die ärztliche Fürsorge, denn ein großer Teil der tüchtigsten Ärzte wurde für die Kriegsgazette gebraucht.

Infolge des von Monat zu Monat steigenden Bedarfs an Kriegsmaterial gestaltete sich die Volkswirtschaft um. In den meisten kriegsführenden Staaten gingen die landwirtschaftlichen Erträge zurück, was zu Ernährungsschwierigkeiten führte. Erhöht wurden diese in den mitteleuropäischen Staaten und in Rußland noch dadurch, daß diese Länder, je länger der Krieg dauerte, desto mehr vom Weltmarkt abgeschnitten wurden. Der Lebensmittelmangel, durch den die Volksgesundheit schwer geschädigt und die Sterblichkeit erhöht wurde, traf am empfindlichsten die proletarischen Schichten in den Städten.

Zwei von diesen Kriegswirkungen stehen an Bedeutung allen übrigen voran: der Geburtenrückgang und die blutigen Verluste.

Der Sturz der Geburtenzahl fehlte neun Monate nach Kriegsausbruch, im Mai 1915, ein. Balle 51 Monate blieben in den kriegsführenden Staaten die Geburtenzahlen weit hinter den Zahlen aus den letzten Friedensjahren zurück. Welche gewaltigen indirekten Menschenverluste die Völker dadurch erlitten, läßt sich in keiner Gesamtheit zwar nicht exakt berechnen, da aus manchen Ländern (z. B. aus Rußland und den Balkanstaaten) die statistischen Nachweise zu lückenhaft sind. Immerhin ist aber aus den meisten europäischen Staaten sowie Zahlenmaterial bekannt, daß sich die Verluste doch annähernd abschätzen lassen. Zunächst zur Veranschaulichung ein paar sichere Einzelergebnisse:

Der durch die Einberufungen bewirkte Geburtenverlust betrug in Belgien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien und

England insgesamt rund 11 Millionen Menschen! Davon entfallen auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn je etwa 3 600 000, auf Frankreich annähernd 1 400 000, auf Italien 1 300 000, auf Großbritannien und Irland etwa 840 000 und auf Belgien rund 300 000. Kolonialgebiete sind dabei nicht eingerechnet.

Danach läßt sich der gesamte Geburtenverlust, den die kriegsführenden Staaten Europas erlitten haben, mit etwa 20 Millionen einschätzen!

Die blutigen Verluste erreichten eine furchtbare Höhe. In den sechs oben genannten europäischen Staaten fielen etwa sechs Millionen der gesunden und kräftigsten Männer unmittelbar dem Kriege zum Opfer. Die Verluste verteilen sich auf die einzelnen Länder:

1. Belgien	34 000
2. Deutschland	1 809 000
1. Oesterreich-Ungarn	1 460 000
4. Frankreich	1 325 000
5. Italien	570 000
6. Großbritannien	745 000

In ganz Europa betrug die Zahl der Kriegstoten annähernd 10 Millionen! Von je 100 Männern, die unter den Waffen standen, kehrten also 16 nicht wieder zurück! Dabei ist noch zu bedenken, daß sich unter den Heimgekehrten viele befinden, die an ihrer Gesundheit schwer geschädigt worden sind. Denn auch die Zahl der Vermundungen stieg ins Riesenhafte. Sie belief sich für Deutschland, Frankreich, England und Italien insgesamt auf etwa 9% Millionen. Das ist fast ein Drittel der Zahl der Einberufenen!

Aber nicht nur an den Fronten forderte der Krieg seine Opfer, wenn er hier auch die reichste Ernte hielt. Hunger und Ueberarbeit entkräftete breite Schichten der Zivilbevölkerung und rissen viele Tausende vor der Zeit ins Grab. In den sechs von uns schon mehrfach genannten Ländern, aus denen Nachweise vorliegen, betrug diese Verluste mehr als 1% Millionen. Weit schwerer noch wurden die Balkanstaaten und namentlich Rußland betroffen. Im gesamten kriegsführenden Europa dürften in den Jahren 1914—1918 von der

7. gleicher Lohn ohne Unterschied des Geschlechts für Arbeit gleichen Wertes;

8. gleiche wirtschaftliche Behandlung aller Arbeiter, die in dem betreffenden Lande ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben;

9. wirksamer Gewerbeaufsichtsdienst.

Für die Durchführung dieser Aufgaben ist eine ständige Arbeitsorganisation geschaffen, der alle Mitglieder des Völkerbunds angehören. Auch Deutschland trat dieser Organisation bei, obwohl es die Mitgliedschaft zum Völkerbund noch nicht erworben hat. Als Organe der Organisation wurden eingefügt: die Allgemeine Arbeitskonferenz, das Internationale Arbeitsamt und ein Verwaltungsrat. Die Allgemeine Arbeitskonferenz tritt jährlich mindestens einmal am Sitze des Völkerbunds oder einem von ihr selbst bestimmten Ort zusammen. Die Arbeitskonferenz beschließt mit Zweidrittelmehrheit und bestimmt, ob die von ihr angenommenen Anträge als Vorschläge oder Entwurf zu einem Uebereinkommen gelten sollen. In beiden Fällen sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Vorschläge oder Entwürfe innerhalb eines Jahres bei Vorliegen von besonderen hindernden Umständen spätestens innerhalb 18 Monaten nach Schluß der Konferenz ihrer maßgebenden Stelle, meist dem Parlament, vorzulegen. Das Ergebnis ist dem Generalsekretär des Völkerbunds mitzuteilen. Erhält ein Uebereinkommensentwurf die Zustimmung der zuständigen Stelle, so muß er ratifiziert, die Ratifikation dem Generalsekretär zur Kenntnis gebracht und zur Durchführung des Uebereinkommens geschritten werden. Bei Ablehnung entfallen für den Mitgliedsstaat weitere Verpflichtungen. In diesem Fall bleibt es Aufgabe der in dem betreffenden Lande beteiligten Kreise, die von ihnen anerkannten Vorschläge oder Entwürfe zur gegenseitigen Anerkennung zu bringen. Die ratifizierten Entwürfe werden in ein Register eingetragen und treten damit gegenüber denjenigen Staaten in Kraft, deren Ratifikation ebenfalls eingetragen ist. Ueber die Durchführung des ratifizierten Uebereinkommens hat jeder Mitgliedsstaat dem Internationalen Arbeitsamt zu berichten. Gegen eine unzureichende Durchführung steht den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden das Recht der Beschwerde zu. Beschwerden von Mitgliedsstaaten werden durch einen Untersuchungsausschuß geprüft. Wird hierbei eine Einigung nicht erreicht, so kann die Streitfrage dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden, der endgültig entscheidet und etwaige Strafmaßnahmen gegen die schuldige Regierung bezeichnen kann.

Die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts bestehen in der Sammlung und Weiterleitung aller Unterlagen, die sich auf die internationale Regelung der Lage der Arbeiter und Arbeitsverhältnisse beziehen, der Erteilung von Auskünften, Vorbereitung von Konferen-

zen und ihrer Beschlüsse, die Durchführung der letzteren und die Erleichterung der anfallenden Sekretariatsgeschäfte. Der Verwaltungsrat behandelt die Verwaltungsgeschäfte und ist zugleich Aufsichtsstelle des Internationalen Arbeitsamts. Von der Arbeitskonferenz wurden bis jetzt 16 Uebereinkommensentwürfe sowie 18 Vorschläge beschlossen. Zur Eintragung gelangten 94 Ratifikationen, 57 weitere sind von den zuständigen Landesstellen genehmigt, 115 letzteren empfohlen. Zur Durchführung der Uebereinkommen wurden 179 gesetzgeberische Maßnahmen angezeigt. Eine alle Staaten umfassende Regelung konnte bis jetzt noch nicht erreicht werden. So sind z. B. ratifiziert die Uebereinkommen über Arbeitszeit von 5, Arbeitslosigkeit 15, Niederkunft; 4, Frauennachtarbeit 11, Nachtarbeit der Jugendlichen 10, Mindestlohnalter 8 und Verwendung weißen Phosphors 13 Staaten.

Die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes wie des Arbeitsrechts weist hiernach noch erhebliche Lücken auf, deren baldige Ausfüllung das Bestreben der gewerkschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern sein muß. Anzuerkennen ist aber, daß das internationale Arbeitsrecht durch den Friedensvertrag eine einheitlichere und fester Grundlage erhalten hat als sie vorher bestand. M.

### Die Rechte des Breslauer Betriebsrats.

Seit Jahr und Tag sind die Syndicis des Magistrats an der Arbeit gewesen, um die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden, trotzdem festgestellt werden muß, daß gerade die Betriebsräte beim Magistrat im allgemeinen außerordentlich gute Arbeit im Sinne des Betriebsrätegesetzes geleistet haben. Wir erinnern u. a. bloß daran, daß der Breslauer Schmitz-Betriebsratsvorsitzende nicht mehr vom Dienst freigestellt ist, obgleich er eine Arbeitnehmerchaft von ungefähr 7000 bis 8000 Mann zu vertreten hat.

Ebenso liegt es auch bei den Einzelbetriebsräten, denen alle möglichen Erschwerungen im Betriebe in den Weg gelegt werden. Die Betriebsleiter können zum Teil immer noch nicht einsehen, daß das Betriebsratsmitglied ihnen bei Verhandlungen gleichberechtigt gegenübersteht; sie möchten, anstatt die Forderung der Arbeiter entgegenzunehmen, recht schön gebeten werden und nach eigenem Belieben entscheiden.

Der Gärtner K. war eine Reihe von Jahren unter der Regie vom Gartendirektor Richter als Betriebsratsvorsitzender tätig, mit dem immerhin ein ziemlich gutes Arbeiten möglich war.

Anders wurde es aber unter dem Regime des jetzigen Direktors Dannenberg, der gegen die kleinsten Anträge des Betriebsrates Einwände erhob oder sich hinter den Magistrat verschlangte, und größtenteils wurden denn auch diese Anträge abgelehnt.

Zwischenbevölkerung mindestens 5 Millionen Menschen mehr hingerast worden sein als unter normaler Verhältnissen.

Europa, der Hauptschauplatz des Krieges, verlor also infolge des Krieges etwa 55 Millionen Menschen. Davon entfielen etwa 20 Millionen auf den Geburtenrückgang und rund 15 Millionen auf die Zunahme der Sterblichkeit. Fast 10 Millionen Menschen sind auf den Schlachtfeldern geblieben.

Der Krieg blieb aber nicht auf Europa beschränkt. Er griff auf Vorderasien, Persien und die deutschen Kolonien über. Die Westmächte und Rußland zogen aus ihren außereuropäischen Gebietszonen große Truppenmassen heran, und schließlich traten sogar die Vereinigten Staaten in den Krieg ein. Rechnet man alle diese Länder mit, so ergibt sich infolge von Geburtenrückgang und Zunahme der Sterblichkeit insgesamt ein Weltverlust von über 40 Millionen Menschen. Darunter sind etwa 12 Millionen Kriegstote.

Diese Zahlen sind furchtbar, und unermesslich groß ist das Menschenleid, das sich hinter ihnen birgt. Was die Verluste aber für die Zukunft der Völker tatsächlich bedeuten, das lassen die Zahlen, an sich betrachtet, noch nicht einmal erkennen. Die Kriegsverluste haben den Volkskörper, als Ganzes gesehen, aufs schwerste zerrüttet und dadurch in seiner Entwicklung gefährdet. Die verschiedenen Altersklassen und die beiden Geschlechter sind nicht gleichmäßig von den Verlusten betroffen worden. Die blutigen Verluste betrafen gerade die gesundensten und leistungsfähigsten Altersklassen des männlichen Geschlechts. Durch diese umgekehrte Klassenauslese ist ein großer Teil der besten Arbeitskraft in den kriegsführenden Ländern vernichtet worden. Ebenso verhängnisvoll ist es, daß dadurch das Zahlenverhältnis der Geschlechter stark verschoben wurde. Der Frauenüberschuß ist ganz gewaltig gestiegen. Im Jahre 1913 gab es in den kriegsführenden Staaten Europas etwa 5 Millionen weniger Männer als Frauen; 1919 dagegen war diese Zahl auf annähernd 15 Millionen gestiegen, hat sich also beinahe verdreifacht! In diesen weniger nüchternen Zahlen ist eines der erschütterndsten seelischen Probleme enthalten: der Zwang zur Ehelosigkeit für viele Millionen Frauen!

Diese Nachwirkung des Krieges wird sich noch auf lange Zeit bemerkbar machen, und eine Reihe von Jahren werden auch die Geburtenzahlen noch ungünstig beeinflusst werden. Der außerordentlich starke Geburtenverlust aber, den die kriegsführenden Länder vom Mai 1915 bis zum Juli 1919 erlitten, wird seine vollen Wirkungen erst zeitigen, wenn diese Jahrgänge ins ehefähige Alter einrücken.

Bestärkt werden die unheilvollen Wirkungen, die der Krieg auf den Volkskörper ausgeübt hat, noch dadurch, daß sich in den meisten Ländern die Volksgesundheit gewaltig verschlechtert hat und daß eine Wirtschaftskrise von unerhörter Schärfe die Welt heimsucht. Unter diesen Kriegsfolgen leiden besonders schwer die mitteleuropäischen Staaten, die eine jahrelange Blockade hinter sich haben, und vor allem Rußland, dessen Landwirtschaft auf einen Bruchteil ihres früheren Umfangs zusammengeschmolzen ist. Es wird geraume Zeit dauern, ehe die Völker sich von diesen furchtbaren Schlägen erholt haben werden.

Die ungeheure Verwüstung an Menschenkraft, die sich in nur fünf Jahre zusammengedrängt, ist ohne Beispiel in der Geschichte: Zwölf Millionen Männer auf den Schlachtfeldern geblieben, über fünf Millionen Menschen im Hinterlande dahingerafft, weit mehr als 20 Millionen Menschen durch den Geburtenrückgang verloren, der Volkskörper zerrüttet und entkräftet, Millionen Frauen zur Ehelosigkeit verdammt — das ist das Ergebnis des vielgepriesenen Krieges, die grauenvolle Wirklichkeit des Stahlbades!

Und die Völker, die durch diese Hölle hindurchgegangen sind? Sie lassen es geschehen, daß die herrschenden Klassen neue Blutbäder vorbereiten! Der Krieg auf den Schlachtfeldern ist zwar beendet, aber auf wirtschaftlichem Gebiet wird er mit unerminderter Heftigkeit fortgesetzt, und die Gefahr, daß der Wirtschaftskrieg zu einem neuen, noch blutigeren Ringen führt, wird in Zukunft vielleicht noch größer sein, als sie selbst in den Jahren vor 1914 war. Möchte die Arbeiterklasse in allen Ländern, möchte vor allem die heranwachsende Arbeitergeneration die Zeichen der Zeit begreifen

C hr. Döring l. d. „Arbeiter-Jugend“.

Eines guten Tages mußten die Betriebsräte dann erfahren, daß der Direktor überhaupt nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen wollte, wozu ihm ja auch eine Verfügung des Magistrats das Recht gab. Besonders war aber der Gartenverwaltung der Betriebsratsvorsitzende R. ein Dorn im Auge, weil derselbe die Kollegenschaft in der Organisation zusammenhielt und die Forderungen derselben auch vertrat. Man wollte diesen gar zu gern aus dem Betriebsrat bringen, was auch durch den Schlichtungsausschuß gelang.

Die Diebstahlverfolgungsstelle des Magistrats nahm bei R.s Mutter eine Haussuchung vor und beschlagnahmte 2 leere Milch-Konserverbüchsen, ¼ Pfund Reismehl und einen Bouillonwürfel, welches aus dem Bestande der Schulkinderpeisefabrikation verwendet sein sollte. Außerdem waren bei der Haussuchung des Angestellten der Schulkinderpeisefabrikation eine Anzahl Brämen und Pflanzen beschlagnahmt worden, die nach Meinung der Leute von der Diebstahlüberwachungsstelle unbedingt aus der städtischen Gartenverwaltung stammen mußten, kein Fachmann und auch keiner aus der Gartenverwaltung konnte erklären, daß die Pflanzen von der Stadtverwaltung seien; trotzdem hatte ein Herr Weiß, als Angestellter der Diebstahlüberwachungsstelle den Mut, vor Gericht unter Eid zu erklären, der Beamte der Gartenverwaltung, Herr Lohnke, hätte gleich beim Eintritt in die Wohnung des beschuldigten Angestellten gesagt: „Ja, das sind städtische Pflanzen.“ Trotzdem dieses im ersten Termin durch R. bezweifelt wurde, blieb Herr Weiß bei seiner Behauptung. Als bei dem zweiten Termin Herr Lohnke dies bestritt, beschuldigte der Ueberwachungsbeamte denselben der Lüge, was sich ersterer ganz entschieden verbat. Das Gericht kam jedoch zu einer anderen Ueberzeugung wie die Herren der Diebstahlüberwachungsstelle und sprach R. im ersten Termin kostenlos frei.

Die Diebstahlüberwachungsstelle hatte jedoch keine Ruhe und verlangte unter Berufung darauf, daß R. inzwischen als Arbeiter beschäftigt würde und er infolgedessen ohne jeden Materialbesitz müßte, daß Berufung gegen das Urteil eingeleitet werde. Die Gartenverwaltung hatte natürlich ihre Hände nicht dazwischen, aber eigentümlich bleibt es doch, daß man R. ein Vertrauensamt gibt und daß die Ueberwachungsstelle hierauf Bezug nimmt.

Auch in diesem zweiten Termin ist R. kostenlos freigesprochen worden; aber die Kosten des Rechtsanwalts für zwei Termine, darunter der letzte, der 9 Stunden währte und für die ein städtischer Arbeiter bei den augenblicklich niedrigen Löhnen ein ganzes Jahr den Hungerriemen enger schnallen muß, wird er wohl selber zahlen müssen, oder bezahlt diese die Stelle des Magistrats, welche die leichtfertige Anschulldigung erhoben hat?

Wenn die Herren der Diebstahlverfolgungsstelle der Meinung sind, die Gewerkschaft sei gegen sie, so irren sie; wogegen wir uns wenden ist nur die Praxis, mit der gearbeitet wird.

Im übrigen verlangen wir, daß die Rechte der Betriebsräte beim Magistrat nicht beschnitten werden, sondern daß dieselben der Privatindustrie als Muster vorangestellt werden können. **M.**

## Gewerkschaftskampf und Christentum.

Die freien Gewerkschaften sind wirtschaftliche Kampforganisationen, in denen die religiöse Ueberzeugung den Mitgliedern als persönliche Angelegenheit völlig überlassen bleibt. Trotzdem wurden die freien Gewerkschaften immer wieder als religionsfeindlich bekämpft, und besonders nimmt die katholische Kirche in neuester Zeit bekanntlich in fanatischer Weise gegen die freien Gewerkschaften Stellung.

Daß das religiöse Bekenntnis jedes einzelnen Mitglieds der freien Gewerkschaften unangetastet bleibt, das weiß die Kirche ganz genau. Sie weiß auch selbst aus den rein katholischen Gebieten kein gegenteiliges Material gegen die freien Gewerkschaften in dieser Beziehung ins Feld zu führen. Aber wir wollen den entschiedenen Kampf gegen die Unterdrücker; wir wollen den klaren Kampf um unser wirtschaftliches Recht; wir wollen den Klassenkampf, und das ist es, weshalb sich die Kirche gegen die freien Gewerkschaften erhebt. Wir führen einen wirtschaftlichen Kampf ganz besonderer, entschiedener, zielbewusster Art, der den von der Kirche betreuten Gewerkschaften eine unliebsame Konkurrenz bedeutet, und deshalb, offen und geheim, in kirchlichen Erlassen und in Predigten von Pfarrern und Missionaren, diese Versuche, die Gefahr, die die freien Gewerkschaften dem Kapitalismus bedeuten, herabzumindern.

Die Kirche hat es zu allen Zeiten mit den Mächtigen gehalten, und darum entspricht ihr Bemühen, die freien Gewerkschaften als die entschiedenen Gegner des Kapitalismus, dieser Macht von heute, zu bekämpfen, ihrer Tradition. Eine andere Frage ist die, ob diese Tradition christlich ist, ob diese indirekte Unterstützung des kapitalisti-

schen Herrtums unserer Tage im Sinne der Lehre ist, die die Kirche zu vertreten behauptet.

Hierbei bleibt es auch wieder jedem einzelnen überlassen, welche Stellung er dem Nazarener gegenüber einnimmt, ob er ihn für einen Gott oder für einen Menschen hält, ob er seine Existenz leugnet, weil manche Begebenheiten seines Lebens auch in anderen Religionen wiederkehren, oder ob er an seine Existenz glaubt, weil neben jenen in den Religionen immer wiederkehrenden Einzelheiten vom Nazarener außerdem noch Aussprüche genialer und ganz revolutionärer Art überliefert sind. Für das Problem: Gewerkschaftskampf und Christentum kommt es nicht auf die religiöse Theorie an, die ja jedem überlassen bleibt, sondern auf die Tat, auf den Kampf, auf die Praxis. Und da haben wir zu fragen: Widerspricht der Klassenkampf der Stellung, die die Evangelien dem wirtschaftlichen Leben gegenüber einnehmen? Oder ist der Klassenkampf gerade die praktische Uebertragung jenes Geistes in unsere moderne Zeit?

Das jüdische Volk jener Tage, von denen die Evangelien erzählen, stand unter römischer Herrschaft. Es lebte in politischer Knechtschaft, so daß das ganze Volk von nichts so sehr erfüllt war als von der Sehnsucht nach politischer Freiheit. Man sollte meinen, daß die Evangelien darum, soweit sie zum praktischen Leben Stellung nehmen, auch vor allem von jenem politischen Freiheitsgefühl erfüllt sein müßten. Aber trotzdem klingt das politische Moment nur ganz unbedeutend heraus. Dagegen kommt immer und immer wieder eine klare Stellung gegen das wirtschaftliche Leben zum Ausdruck, woraus die besonders engen Zusammenhänge gerade zwischen wirtschaftlichem Leben und Christentum in die Erscheinung treten.

Behe euch, ihr Reichen! Kann irgend etwas klarer und einfacher die Stellung bezeichnen, die jene religiöse Auffassung der Wirklichkeit gegenüber einnahm?

Behe euch, ihr Reichen! — Liebe hatte auch Buddha gepredigt; Reinheit des Herzens hatte auch der große Chinese Daoise gelehrt. Aber: Behe euch, ihr Reichen!, das ist das Wesentliche, Praktische, Kampfbefehl jenes Urchristentums.

Behe euch, ihr Reichen! Wo ist die Kirche, die solch ein mutiges und befreitendes Wort magt? Wo ist die Kirche, die aus dieser Lehre die Konsequenz zieht und in entschiedenem Kampfe angeht gegen dieses wirtschaftliche Herrtums unserer Zeit? Liebe predigen, das kann auch der Buddhist und der Konfuzianer. Aber: Behe euch! Kampf dem Mammon, daß Liebe möglich ist, das ist der Geist, der sich aus den Evangelien der Bibel ergibt. Solange Mammon ist, kann keine Liebe sein! Solange Mammon ist, kann keine Religion sein! Denn niemand kann Gott dienen und dem Mammon.

Kann ein sittlich fühlender Mensch, der ohne jedes Vorurteil dem Leben gegenübersteht, leugnen, daß dieser Geist in unserer Zeit zu einer eindeutigen, entschiedenen Stellung gegen den Kapitalismus zwingt? Niemand kann Gott dienen und dem Mammon. Darum gegen den Mammon, daß ein göttliches Leben möglich ist! Je entschiedener der Kampf, um so religiöser. Je klarer der Kampf, um so christlicher. Je mehr Klassenkampf, um so eher und um so lauterer das Ideal der Liebe.

Darum bringt uns jeder wirtschaftliche Erfolg, den die Gewerkschaften in ihrem Klassenkampfe dem eigensüchtig keine Macht behauptenden Gegner abtrotzen, dem sittlich reinen, neuen Menschen näher. In wirtschaftlicher Not, in slavischer Abhängigkeit kann sich niemals eine freie Seele entfalten. Solange noch Sorge ist, kann der Mensch immer Mensch sein. Darum auch „unser tägliches Brot heute“. Ja, „heute schon für morgen“, wie es in der alten Spruchsammlung heißt, aus der Matthäus wie Lukas ihre Evangelien gemeinsam geschöpft haben. Schon heute für morgen, daß doch die wirtschaftliche Sorge nicht ist, daß der Mensch doch im freien Ausleben seiner Seele das Wachsen der Menschheit zum neuen göttlichen Sein hinauf zu erleben imstande ist.

Das ist der große Kulturgedanke des Gewerkschaftskampfes, daß er den Menschen durch die wirtschaftliche Freiheit zur Persönlichkeit wachsen läßt. Das ist das große letzte Kulturziel des gewerkschaftlichen Klassenkampfes, daß er in einer neuen klassenlosen Welt allen Schwestern und Brüdern die Freiheit der Menschenseele ermöglicht.

Wer dem Geiste jenes Urchristentums gemäß leben will, der muß Kämpfer sein, der hat die religiöse Pflicht zu einer eindeutigen Stellung gegen den Mammon im Sinne des Behe euch!, dem ist der Klassenkampf ein göttliches Gebot.

Im freigewerkschaftlichen Kampfe um das wirtschaftliche Recht erzwingt sich die ewige Idee der Welt die Befreiung. Und darum schreitet unser Kampf zuletzt doch nur steigend hinweg über alles moderne Pharisäertum, das sich ihm in den Weg stellt. **Dr. H.**

◆ Gas, Wasser, Elektrizität ◆

Die Energievorräte Deutschlands. Die Bewirtschaftung der Rohstoffe, die der Energieerzeugung dienen, wie Kohlen, Torf, Wasserkräfte usw., findet während der letzten Jahre in allen Ländern steigende Aufmerksamkeit. In Deutschland sind verschiedene Berechnungen angestellt worden über die für die Energieerzeugung zur Verfügung stehenden Naturkräfte. Die jüngste dieser Statistiken wurde von R. Reischle und P. Wächter im Auftrage der Bayerischen Landesstatistik bearbeitet. In Deutschland kommen für die Energieerzeugung hauptsächlich die Kohlen (Stein- und Braunkohlen) sowie die Wasserkräfte in Frage. Zwischen beiden Energieträgern besteht allerdings ein wesentlicher Unterschied. Denn während die Kohlenlager von begrenztem Inhalt sind, d. h. durch den Abbau in früherer oder späterer Zeit einmal völlig erschöpft werden, sind die Wasserkräfte ewige, sich immer wieder erneuernde Energiequellen. Um trotzdem die Kohlenvorräte mit der Leistungsfähigkeit der Wasserkräfte auf dieselbe Vergleichsgrundlage zu stellen, ist in der Arbeit von Reischle und Wächter, nach dem Vorgange von Dipl.-Ing. Buh, angenommen worden, daß der Abbau der Brennstoffe sich über 1000 Jahre erstreckt. Dem Energiegehalt der Brennstoffe ist dann die Distung der Wasserkräfte während 1000 Jahre gegenübergestellt. Dabei ist eine Pferdekraftstunde Wasserkraft gleich 1 Kilogramm Steinkohle gesetzt worden, was zwar nicht allgemein, aber doch unter bestimmten Bedingungen richtig ist. Die voneinander abweichenden spezifischen Wärmegehalte der verschiedenen Brennstoffe sind für die statistische Zusammenfassung rechnerisch in der Weise berücksichtigt worden, daß alle Brennstoffe auf den Wärmegehalt von 1 Kilogramm Steinkohle zurückgeführt sind. Es wurde folgende Vergleichstabelle zugrunde gelegt: 1 Kilogramm Steinkohle gleich 3 Kilogramm Braunkohle gleich 2 Kilogramm Torf, 2 Kilogramm Holz gleich 8 Kilogramm Erdschiefer gleich 1 Kilogramm Erdöl. Die beiden obengenannten Verhältnisse kommen zu folgender Uebersicht über die gesamte in Deutschland vorhandenen Energievorräte, wobei zu berücksichtigen ist, daß die nachstehenden Zahlen natürlich keine absoluten Werte darstellen, sondern nur Schätzungen sind:

	Energievorräte ohne Umrechnung in Normalen in Millionen Pferdekraftstunden	Energievorräte nach Umrechnung in Normalen in Millionen Tonnen	Anteil an der Gesamtsumme in Prozenten
Kohle . . . . .	7 623 475	5 698 476	61,1
Torf . . . . .	250 000	125 000	1,8
Holz . . . . .	1 800 000	900 000	9,7
Erdöl . . . . .	11 000	11 000	0,1
Wasserkräfte . . . . .	2 595 670	2 595 670	27,9
Summe	-	9 330 145	100,0

Die obige Uebersicht lehrt, daß in Deutschland für die Energieerzeugung die Kohlen an erster, die Wasserkräfte an zweiter Stelle sich befinden. In anderen Ländern, wie Schwed, Desterreich, Norwegen, Italien usw. ist die Reihenfolge umgekehrt. In der oben erwähnten Arbeit wird die Gesamtleistungsfähigkeit der ausbaufähigen deutschen Wasserkräfte auf 7,75 Millionen Pferdestärken angegeben, wovon bisher rund ein Siebentel ausgebaut ist. Alle diese Zahlen geben die beruhigende Gewißheit, daß vorläufig auf lange Zeit hinaus ein Mangel an Rohstoffen für den Energiebedarf des Landes nicht zu befürchten ist.

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Abnahmemaßnahme des bremischen Senats gegen die alten Staatsarbeiter vorläufig aufgehoben. Lobende „Anerkennung“ für 50 Jahre und mehr „treu geleistete Dienste“ von Seiten der Arbeitgeber findet man häufig in den Tageszeitungen und dem Subtilar wird besonders Entgegenkommen versprochen. Dies wird nicht allein von Privatunternehmern beliebt, sondern auch Städte und Gemeinden als Arbeitgeber legen Wert auf solche Anerkennung. Bisher hielten es die Städte auch einigermaßen so und gaben den alten in ihren Betrieben ergrauten Arbeitern bis an ihr Ende Beschäftigung. Dazu beigetragen haben oft ein Teil der städtischen Betriebsleiter, die soziales Verständnis genug dafür hatten. Anders denkt man darüber im bremischen Senat, ob in seiner Gesamtheit, lassen wir offen. Am 3. Juli 1924 verfügte die Finanzkommission im Auftrage des Senats, daß in allen städtischen Betrieben die 65-jährigen Arbeiter bis zum 31. August 1924 zu entlassen seien und auch fernerhin jeder,

der das 65. Lebensjahr erreicht hat, entlassen werden muß. Weiter sollten alle vorübergehend Beschäftigten auf den nächsten Termin entlassen werden und ein weiterer Abbau von 18 Proz. einsehen. Gegen diese rigorose Maßnahme vom grünen Tisch aus muhten die Arbeiter Front machen. Statt daß die Finanzkommission sich nun vorerst um die näheren Betriebsverhältnisse bekümmert hätte, ob ein solcher schematischer Abbau überhaupt für den einzelnen Betrieb tragbar wäre, verfügte sie einfach blindlings hinein. Aber auch danach fragte sie nicht, wovon die alten über 65-jährigen leben sollten. Das mußte dem Senat doch klar sein, daß er seine aus moralischen Gründen bisher besonders geschützten alten Arbeiter jetzt nicht einfach mit einem Ruhe-lohn von 18 Mk. + 14 Mk. Invalidenrente = 32 Mk. im Monat nach Hause schicken konnte. Vor wenigen Jahren noch, als die Organisation der städtischen Arbeiter auf Verbesserung des Ruhelohnes drängte, meinte Herr Senator Iphalshorst, das wäre doch gar nicht notwendig, denn die alten Leute würden von niemanden gejagt, auch dann nicht, wenn sie sich nur noch auf einen Besen stützen könnten. Von den Organisationsvertretern wurde nun alles daran gesetzt, um die Zurücknahme der Kündigungen zu erwirken oder zumindest eine Verbesserung des Ruhelohnes herbeizuführen. Die Verhandlungen ergaben, daß die Finanzkommission bereit war, den Ruhe-lohn auf 25 Mk. im Monat zu erhöhen, unter Tragung der Kosten auf beiden Seiten. Diefem Vorschlag konnte aber nur unter dem Vorbehalt zugestimmt werden, daß diese Regelung ein Provisorium darstelle und die Bürgerschaft noch besonders dazu Stellung nehmen müsse. Inzwischen hatte sich nun die Behörde für das Versicherungswesen dazwischen gestellt und die Finanzkommission versuchte die Verantwortung und die Weiterbearbeitung der Abbauperordnung, der Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter aufzubürden, die aber scheinbar mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben wollte. Es entstand nun ein tolles Durcheinander. Die Betriebsleiter wollten wegen der Kündigungen mit den Arbeiteräten nicht verhandeln, die Finanzkommission wollte der Arbeitgeber nicht sein und die Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter hülfte sich in Schweigen. Es stellte sich heraus, daß mit der Abbauperfügung ein Fehlgrieff gemacht worden war, weil sie nicht durchgeführt werden konnte. Dr. Finanzkommission, vertreten durch Herrn Staatsrat Dr. Müllershausen, stand aber immer noch auf dem Standpunkt, daß die alten Arbeiter auf jeden Fall zur Entlassung kommen mühten, und ein gewisser Herr Oberbaurat Stauhe meinte, diesmal würden sich die Organisationsvertreter an der Abbauperfügung die Zähne ausbeißen. Es kam doch anders. Die Betriebsleiter wurden zu einer Besprechung berufen und dort stellte sich die Unhaltbarkeit der schematischen Abbauperfügung heraus. Die Finanzkommission mußte zurückweichen und es wurde angeordnet, daß nur die über 65 Jahre alten Arbeiter zur Entlassung kommen sollten, wofür ein Ersatz nicht notwendig sei.

Die weiteren Anstrengungen der Organisationsvertreter, auch die alten Kollegen zu halten, veranlaßte Dr. Müllershausen zu der Aeußerung, daß der Kräfteaufwand einer anderen besseren Sache würdiger gewesen wäre. Eine solche Bemerkung ist empörend, aber typisch für diese Herren. Eine Scherfkommission der Alten, die mit den Organisationsvertretern einen letzten Vorstoß bei dem Bürgermeister Donath unternahm, und eine sachliche Aussprache herbeiführte, hatte den Erfolg, daß die Kündigungen und Entlassungen der Alten vorläufig zurückgenommen wurden. Diese Entscheidung des Senats ist gewiß ein Beweis dafür, auf was für schwachen Füßen die Abbauperfügung aufgebaut war, sonst hätte man in letzter Stunde einen solchen Unfall sicherlich nicht vollführt. Vor allem muß jetzt eine Ueberprüfung der Ruhe-lohnversorgung vorgenommen und so ausgebaut werden, daß die 65-jährigen, die man zwangsweise zur Ruhe setzen will, das Notwendigste zum Leben haben und nicht gezwungen sind, sich nach einem anderen Erwerb umzusehen, den sie nie bekommen werden. Leider hat dieser Abbau doch Opfer gefordert; einige alte Kollegen, die gekündigt waren, haben aus Furcht vor Arbeitslosigkeit und nicht genügend versorgt zu sein, sich das Leben genommen. Auch diese Opfer tragen die schlechten Berater aus dem Gewissen, die mit ihrem Schematismus vom grünen Tisch aus so viel verschuldet haben. Dem energischen Eintreten der Organisation ist es lebensfalls gelungen, vorläufig den Abbau der Alten zu verhindern. Bei der vorsehenden Ueberholung der Ruhe-lohnfrage hoffen wir, daß die bremische Bürgerschaft dabei nicht vergessen wird. Die bremischen Staatsarbeiter können aus diesen Vorgängen wieder einmal sehen, wela großes Unheil durch das teilräftige Eingreifen unserer Organisation von uns abgewendet worden ist. S.

• Aus unserer Bewegung •

**Bremen.** Am 9. September 1924 tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich mit der Abbauperordnung beschäftigte. Zu dem Ausbau des Ruhelohnes mit einer eventuell höheren Beitragsleistung wurde dem Vorstand zu weiteren Verhandlungen Vollmacht erteilt. Eine lebhafte Debatte brachte die Abführung eines Extrabeitrages zum Volkseinkommen über den Nachstandstag. Es wurde letzteres empfohlen und jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht, diese Aktion zu unterstützen. — Auf einen Antrag hin gab der Vorstand einen ausführlichen Bericht über die Gestaltung und Höhe der Beiträge für die Verbandsangestellten.

• Rundschau •

Die Menschenopfer des Krieges betragen, soweit amtlich festgestellt:

	Gefallene	Bermundete
In Deutschland . . . . .	1 824 051	4 217 105
In Frankreich . . . . .	1 358 872	2 560 000
In England (ohne Kolonien) . . . . .	743 703	1 693 262
In Italien . . . . .	494 921	949 576

Dazu kommen die nicht amtlich gezählten Verluste Rußlands und Oesterreichs von etwa 5 Millionen. — Könnten die Toten wieder auferstehen und Herr Ludendorff würde eine Parade darüber abnehmen, dann würden dieselben in Gliedern von 20 Mann 2½ Monate von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gebrauchen, um vorbeizumarschieren. — Die Särge, nebeneinander aufgestellt, würden eine Straße von Paris bis Madawoifel bedecken.

Durch den Krieg wurden in Frankreich zerstört: 741 833 Häuser, 23 000 Industriebetriebe, 37 Millionen Hektar Land, 90 Prozent der Eisenproduktion, 33 Prozent der Kohlenproduktion, 94 Prozent der Wolleproduktion, 70 Prozent der Zuckerproduktion.

Die Kriegsschulden der einzelnen Länder betragen in Prozenten im Verhältnis zu deren Vorkriegsvermögen: Bei Deutschland 48½ Prozent, bei Frankreich 40 Prozent, bei Italien 31½ Prozent des Volkseinkommens vor dem Kriege.

Wenn das Volkseinkommen genau so groß wäre wie vor dem Kriege, dann mühten die Völker zur Verzinsung ihrer Kriegsschulden aufbringen: In Deutschland 19½ Prozent, in Frankreich 15 Prozent, in Italien 7½ Prozent, in England 10½ Prozent ihres Gesamteinkommens.

Die Gesamtkosten des Krieges werden von Sachverständigen geschätzt auf 247 Milliarden Dollar oder 1 Billion Goldmark. Das bedeutet etwa den gesamten Außenhandel der ganzen Welt in den sieben Jahren von 1907 bis 1913 oder den sechsfachen Betrag aller Auslandsanlagen, welche die Kulturoffizier vor dem Kriege besaßen.

**Alter und Jugend des Proletariats nach dem Kriege.** Wie die Kriegsverluste eine Verschiebung in der Altersbesetzung der Gesamtbevölkerung gebracht haben, so hat sich die Verschiebung der Altersbesetzung auch in den einzelnen Berufsgruppen geltend gemacht. Hierüber berichtet eine statistische Arbeit des Landesgewerbebezuges Dr. Teich in „Reichsarbeitsblatt“. Wenn diese Arbeit auch die rheinische Industrie im besonderen behandelt, so ist das Verhältnis, das sie feststellt, doch das gleiche wie im übrigen Deutschland. Nach der Volkszählung von 1907 gehörten zu den beiden Altersgruppen zwischen 20 bis 39 Jahren 45,9 Proz., nach der Statistik von 1919 aber nur noch 40,4 Proz., zu den 20- bis 29-jährigen 25,2 Proz. bzw. 21,4 Proz. In einzelnen Industrien ist der Verlust an jüngeren Arbeitern besonders groß, nämlich in den Industrien, die kräftige Menschen verlangen. Diese Industrien stellten besonders viele Kriegsverwendungsfähige Soldaten. So ist die Herabminderung der jüngeren Altersgruppen besonders groß im Bergbau- und Hüttenwesen wie in der Großeisenindustrie, dagegen gering z. B. im Kleidungs-gewerbe. Der Krieg raubte damit die gesundheitlich beste Kraft des Volkes, und doch schreien gewissenlose Hecher immer wieder nach Krieg. Das Proletariat aber wird gemäß der Richtlinien des letzten Gewerkschaftskongresses in Wien in Zukunft jedweden Krieg mit aller Kraft zurückweisen.

**Reichs-Klein-gärtner-tagung 1924.** Der 1921 als Einheitsverband gegründete Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands hielt Ende August in Hamburg seine Vertretertagung ab, die aus allen Teilen des Reichs besetzt war. Der Geschäftsbericht ließ erkennen, daß die Inflationszeit die deutsche Organisation schwer erschütterte hatte. Seit der Währungsstabilisierung ist jedoch ein nachhaltiger Wiederaufbau möglich geworden, und es steht jetzt der Verband mit 370 000 Mitgliedern und geordneten Kassenvverhältnissen

besser da als vordem. Die früheren Landes- und Gauverbände werden zurecht in Preußen in Regierungsbezirksverbände umgebildet, was mit schädlichen Maßnahmen zusammenhängt. Nach den Reichsrichtlinien und den Landesausführungsbestimmungen zum Reichs-Klein-gärtner-gesetz vom 31. Juli 1919 sind die Gemeinden einzurichten, denen Kleingärtnerverbände zugeordnet sind. Des weiteren besteht schon seit 1919 ein Landeskleingärtnerbeirat beim Volkswohl-fahrtsministerium, und vor zwei Jahren wurden Provinzial-Klein-gärtnerbeiräte bei den Oberpräsidenten eingerichtet. Die letzteren haben sich als nicht ganz zweckmäßig erwiesen, und nunmehr sollen Klein-gärtnerbeiräte bei den Regierungspräsidenten eingerichtet werden. Dem entspricht die schon erwähnte Umbildung der Organisation des Reichs-Klein-gärtnerverbandes, zunächst in Preußen. Gleichzeitig gehen neue Aufgaben und Bergnisse, die bisher größtenteils noch den Behördenstellen vorbehalten waren, auf den Verband und seine Unterabteilungen über. So sollen die Kleingärtnerämter künftig auch Gemeindefunktion nicht mehr durch Einzelverpflichtungen ausgeübt; vielmehr soll alles Kleingärtneramt von Gemeinden und Privaten den als gemeinnützig anerkannten Kleingärtnervereinen in General-pacht zugewiesen werden, die ihrerseits die Untererpfaltungen bewirken. Der Charakter der Gemeinnützigkeit wird nur noch solchen Vereinen zugesprochen, die dem Reichsverband angehören und für die der Reichsverband Gewähr bietet, indem er eine Art Kulturaufsicht ausübt, sowie sonst Sorge trägt, daß diese Vereine den Gesetzesvorschriften und Verwaltungsanordnungen Rechnung tragen. Die Vertretertagung beschäftigte sich mit mehreren wichtigen Sonderfragen. Die Pachtpreissfrage ist zurecht insofern von Bedeutung, als zahlreiche Verstöße und Gehwidrigkeiten vorgekommen sind. Während nach dem Gesetz der angemessene Pachtpreis des Bodens unter Berücksichtigung des Ertragswerts der Grundstücke festzusetzen ist, sind in zahlreichen Gemeinden den Pächtern auch noch die Grundsteuern aufgebürdet worden, die an sich einen Teil der Bodenerente des Eigentümers ersetzen sollen. Durch Abwälzung auf den Pächter wird diese Steuer in eine Pacht- und Arbeitssteuer umgewandelt; die dort, wo Bauland Kleingärtnerzwecken dient, oftmals nicht bloß den ganzen Wert der Rohertragsmöglichkeit in Anspruch nimmt, sondern diese sogar zwei-, drei-, vier- und noch mehrfach übersteigt. In einer entscheidenden Erklärung wird dagegen Einspruch erhoben und werden die Pächter aufgefordert, alle ihnen zugewiesenen Pachtzuschläge abzuschneiden und nur eine Ertragswert-pacht zu leisten. — In die meisten Kleingärten sich heute noch auf Gelände befinden, das entweder schon für Baulandzwecke bestimmt ist oder aber jederzeit dafür bestimmt werden kann, so wird eine Revision des Gesetzes vom 31. Juli 1919 gefordert, durch die die Gemeinden zu verpflichten sind, bauplanmäßig Dauer-Kleingarten-gebiete auszuweisen. In denselben Gesetze, für das der Verband einen Entwurf hat ausarbeiten lassen, soll auch der Begriff des gerechten Pachtpreises genauer umschrieben werden. Das Ausmaß der Dauergebiete soll sich nach den in der Gemeinde vorhandenen hausgärtnerischen Wohnungen bzw. Familien richten. — Richtlinien wurden aufgestellt zur Einrichtung von gemeinsamen Einkaufsstellen für Kleingarten- und Kleintierzuchtbedarfsartikel. — Die Jahresschriftenwesen befindet sich in neuem Aufschwunge. Neben der von der Reichsverbandleitung herausgegebenen Monatszeitschrift „Klein-gärtnermacht“ die sich fast nur mit sozialen und Rechtsfragen beschäftigt, geben Landes- und Bezirksverbände noch fachtechnische Zeitschriften heraus. Durch gegenseitige Unterstützung soll eine Verbesserung des Inhalts der letzteren herbeigeführt werden. — Im Monat Oktober sollen im ganzen Reich öffentliche Kundgebungen stattfinden, durch die die Gesamtbevölkerung mehr mit der Bewegung zu verknüpfen ist. Es soll dabei nachdrücklich hervorgehoben werden, daß die Kleingärtnerbewegung als eine Lebenskulturbewegung des Gesamtvolkes behandelt werden muß, deren Träger alle hausgärtnerischen Wohnungsinhaber sein müssen.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Der Schögraber, Nr. 62. „Som Wandern“ von W. O. Niehl, herausgegeben vom Führerband. Verlag G. G. Callweh, München. Preis 25 Pf. Eine Anleitung zum genutzvollen Wandern. Für die reifere Jugend und Erwachsene.

„Die neue Angestelltenversicherung.“ Vom Staatspräsidenten im Reichsversicherungsamt Dr. Derf. Verlag von Julius Spingler, Berlin. Preis gebunden 2,10 Mk.

Diese Arbeit enthält eine organisch aufgebaute, systematische und gemeinverständliche Darstellung des gesamten neuen Rechts der Angestelltenversicherung. Ein Verzeichnis der als Grundlage für die Tarifpolitik wichtige ist, und ein ausführliches Sachregister, das die praktische Handhabung und rasche Orientierung noch erleichtert, verbollständigen die Schrift. Die Prokläre gibt auch eine geschichtliche Entlohnung des Gesetzes und arbeitet die großen leitenden Gedanken der Neufassung klar heraus.

Der Schögraber, Nr. 42. „Das Neuland in Taschkent“ von Eben Ledda, herausgegeben vom Führerband. Verlag G. G. Callweh, München. Preis 15 Pf. Aus des Verfassers Werk „Transkaspia“. Mit Originalabbildungen. Für die reifere Jugend und Erwachsene.